

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 05.09.2007	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat III Amt: Agenda-Büro	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss	Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Dezernat I Dezernat III Dezernat VI Grünflächen- und Umweltamt Stadtplanungsamt ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Öffentlich: Ja Nein ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2007/0509 Magistratsbeschluss-Nr. 583

Betreff: Umweltallianz Hessen

Vorlage vom: 20.08.2007

Beschlussvorschlag:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt stellt einen Antrag zur Aufnahme in die Umweltallianz Hessen.

Anlagen: Rahmenvereinbarung Umweltallianz

Beschluss des Magistrats vom 19.09.2007

Der Vorlage wird zugestimmt.

Unter dem Motto

„Ohne Schutz der Umwelt geht es nicht. Ohne übergeordnete Bürokratie dagegen schon – und zwar viel besser.“

gründete die Hessische Landesregierung zusammen mit der Hessischen Wirtschaft im Mai 2000 die Umweltallianz Hessen.

Das erklärte Ziel der Umweltallianz Hessen ist es, den hohen Umweltstandard in Hessen zu sichern und gleichzeitig die Rahmenbedingungen für eine umweltverträgliche Wirtschaftsentwicklung in Hessen zu verbessern.

Das ursprünglich auf 5 Jahre angelegte Projekt ist im Mai 2005 als Daueraufgabe der Hessischen Landesregierung fest verankert worden und hat in den letzten Monaten und Jahren mit Gemeinden, Städten und Landkreisen neue Partner dazu gewonnen.

Im Mittelpunkt der Kooperation stehen:

- die freiwilligen Umweltschutzleistungen der Betriebe
- die Anerkennung der Eigenverantwortung
- die Anerkennung des Engagements der Wirtschaft

Festzuhalten ist, dass die Aktivitäten im Rahmen der Umweltallianz Hessen bislang zu einem besseren Miteinander zwischen Wirtschaft und Behörde (Landes und/oder kommunaler Ebene) geführt haben und eine partnerschaftliche Kommunikation zwischen Wirtschaft, Behörde und Kommunen eingetreten ist.

Die Umweltallianz Hessen entwickelt Handlungsempfehlungen, Merkblätter und Mustervereinbarungen zur Arbeitserleichterung und hat bereits für die Themen Abfall, Anlagensicherheit und Industriepark so genannte Klärungsstellen eingerichtet.

Darüber hinaus wurden bislang gemeinschaftliche Projekte beispielsweise zum betrieblichem Umweltschutz initiiert und verschiedene Managementsysteme (ECO-Step, ECO-Best, ECO-Klima) implementiert.

Politik und Wirtschaft als starke Partner in der Umweltallianz Hessen wollen gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft bewältigen; derzeit sind mehr als 700 Unternehmen und Behörden Mitglied der Umweltallianz (darunter auch namhafte Firmen in Darmstadt).

Gründe zur Teilnahme/Beantragung der Mitgliedschaft:

- Mitgliedschaft dient als Basis guter Zusammenarbeit mit örtlicher Wirtschaft
- Vorbildfunktion der Stadt
- Imagegewinn
- Stärkung des Wirtschaftsstandortes und Förderung der Standortpolitik
- Plattform zur Klärung evtl. kritischer Satzungsfragen
- Zugriffsmöglichkeit/Lobbyarbeit zur Europäischen Union und Landesregierung
- Direkter Draht/Diskussionsplattform mit der Landesregierung Hessen
- Mögliche Projekte mit kleineren und mittleren Unternehmen
- Plattform zur Klärung von möglichen Problemen mit übergeordneten Behörden

Die Mitgliedschaft bei der Umweltallianz Hessen bedarf der Antragsstellung bei der Hessischen Landesregierung.

Die Mitgliedschaft ist an gewisse selbstverpflichtende Zielvereinbarungen geknüpft und setzt das Erfüllen bestimmter Mindeststandards voraus.

Diese Ziele sind insbesondere die

- stetige Verbesserung der Umweltsituation
- Stärkung der Wirtschaft im nationalen und internationalen Wettbewerb durch
 - o kontinuierliche Verbesserung der Standortfaktoren und
 - o der Erschließung neuer Märkte

- frühzeitige Information, Beteiligung und Unterstützung bei politischen, gesetzgeberischen und anderen Vorhaben auf allen Ebenen
- Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung
- Reduzierung des Kontroll- und Überwachungsaufwandes auf Seiten der Verwaltung
- Intensivierung der Partnerschaft von Verwaltung, Kommunen und Wirtschaft
- Verbesserung der Kenntnisse in der Verwaltung über die Auswirkungen von Rechtsvorschriften für das betriebliche Handeln und
- Erleichterungen beim Verwaltungsvollzug für die beteiligten Unternehmen bei gleichzeitiger Übernahme von mehr Eigenverantwortung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten
- Stärkung der Mitarbeitermotivation im Hinblick auf Umwelt- und Arbeitsschutz relevante Belange im Betrieb.
- u.v.m.

Mitglieder der Umweltallianz verpflichten sich:

- in ihrem Wirkungsbereich aktiv für die Ziele der Umweltallianz Hessen und die Beteiligung an diesem Vorhaben zu werben
- im Rahmen zur Verfügung stehender Ressourcen substanzielle Leistungen zu erarbeiten und festzuschreiben
- neue Mitglieder (Unternehmen und Kommunen) zu werben und für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zu sorgen
- gemeinsam konkrete Maßnahmen und Projekte zur Erreichung der Ziele der Umweltallianz Hessen zu erarbeiten
- im zweijährigen Rhythmus in Symposien die Mitglieder der Umweltallianz Hessen und die Öffentlichkeit über die erzielten Ergebnisse und das künftige Arbeitsprogramm zu informieren.

Darmstadt weist eine Reihe von Maßnahmen auf, die eine Mitgliedschaft in der Umweltallianz Hessen rechtfertigen:

- Erstellung und Umsetzung von Konzepten, die den Zielen der Umweltallianz Hessen entsprechen (Klimaschutzkonzept, Feinstaub-Aktionsplan u.ä.)
- Aktive Mitgliedschaft in Zusammenschlüssen von Unternehmen, die Ziele der Umweltallianz Hessen umsetzen (Bsp.: Klimabündnis)
- Einführung eines Umweltmanagementsystems nach EMAS oder ISO 14001 (Bsp.: EAD)
- Wesentliche freiwillige Beiträge zur Ressourcenschonung, wie z.B.
 - o Minderung der CO₂-Emissionen und/oder anderer klimaschädlicher Gase
 - o Erhöhung des Einsatzes nachwachsender Rohstoffe
 - o Reduzierung, Substitution bzw. Optimierung des betrieblichen Einsatzes umweltgefährdender Stoffe
 - o Verbesserung des Immissionsschutzes, des Gewässerschutzes, des Naturschutzes oder des Bodenschutzes
 - o Durchsetzung des Kreislaufwirtschaftsprinzip, wie z.B. Auf- und Ausbau freiwilliger Rücknahmesysteme
 - o Energieeinsparungen
 - o Lärmvermeidung und Lärminderung

Die in der Anlage skizzierten Ziele und Teilnahmekriterien wurden vom Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung, Stadtplanungsamt, Grünflächen- und Umweltamt sowie Agenda-Büro vorgeprüft und tlw. gemeinsam mit der Geschäftsstelle der Umweltallianz erörtert.

Im Ergebnis wird die Teilnahme an der Umweltallianz Hessen empfohlen.

Mit Ausnahme der eingegangenen Selbstverpflichtungen entstehen keine weitergehenden Pflichten, Rechte, Anforderungen oder Zwänge seitens der Umweltallianz.

Die personelle, organisatorische, finanzielle Ausgestaltung der Mitgliedschaft steht ausschließlich im Ermessen der die Mitgliedschaft beantragenden Institution (hier Stadt Darmstadt)

Die Wahrnehmung der Mitgliedschaft in der Umweltallianz soll im Wesentlichen beim Agenda-Büro liegen.

Weiterführende Links:

<http://www.umweltallianz.de>

Darmstadt den, 20.08.2007

Der Dezernent I

Der Dezernent III

Der Dezernent VI

Walter Hofmann
Oberbürgermeister

Klaus Feuchtinger
Stadtrat

Dieter Wenzel
Stadtrat

Anlage:

Rahmenvereinbarung